

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsamt
Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 218.

Montag, 20. September 1909, abends.

62. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger bei 1 Mark 60 Pfg., bei Abholung am Schalter der Postanstalt 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger bei 1 Mark 70 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis vormittags 9 Uhr ohne Gewähr.

Rotationsdruck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Voetgasse 59. — Für die Redaktion verantwortlich: L. V. Arthur Hänel in Riesa.

Sonnabend, den 25. d. M. vorm. 11 Uhr,
sollen in Strafe versteigert werden: 1 Harmonium, 1 Flügel, 3 Oelgemälde, 1 Standuhr, 3 Säferschränke, mehrere Garnituren bessere Möbel, Schränke, Kommoden, silberne Besteck u. a. m. Sammeln: Gasthof zum Schiffchen.
Riesa, den 20. September 1909.

Der Gerichtsvollzieher beim Königl. Amtsgericht.

Die Gemeindeforderungen auf den 3. Termin d. J. sind baldigst, längstens aber bis zum 15. Oktober d. J.

an unsere Steuerkasse abzuführen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 18. September 1909.
Dr. Scheider, Bürgermeister.

Am 23. d. M. 10 Uhr vormittags werden auf dem Kasernenhofe der Kaserne der 2. Abteilung 6. Feldartillerie-Regiments Nr. 68 ausrangierte Pferde versteigert.

Solzversteigerung.

Am Mittwoch, den 22. d. M. nachm. von 3 Uhr ab findet an der Chemischen Fabrik bei Rühndorf die Versteigerung von ca. 40 t Steinkohlen, 8 t Schmiedesohlen, Kuchholz, Buchen, Kautschuk, Stangen und einer Anzahl größerer Euben statt.

Kommando der Feldbahn.

Anzeigen für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.

Die Geschäftsstelle.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 20. September 1909.

Der Oberaufseher Steinbach bei der Gefangenanstalt Leipzig ist vom 1. November dieses Jahres ab zum Amtsgerichtswachtmeister hier befordert worden.

Die gestrige Abendvorstellung des Dir. Jahn'schen Ensembles konnte vor gut besetztem Hause stattfinden. Die Aufführung des Lustspiels „Der gute Vater“ von Benedix gestaltete sich für das Ensemble auch wieder zu einem Erfolg. Das Publikum unterhielt sich famos und gab seiner freudigen Stimmung durch stürmischen Beifall Ausdruck. Die Dienstag stattfindende Vorstellung: „Das Brunnmädchen von Ems“ ist ein so gutes inhaltreiches Intrigenstück, daß man den Besuch, schon bei guter Handlung wegen, empfehlen kann.

Wester ist von einem 15-16jährigen jungen Mann aus dem Hofe der hiesigen Kollerei ein Parson-Fahrrad, das die Nummer 76860 trägt, gestohlen worden. Der Dieb ist dem Verursacher in den Hof der Kollerei gefolgt, hat dort von ihm Erkundigungen über das Rad eingezogen und ist dann wieder aus dem Hofe gegangen. Nachdem sich auch der Bestohlene von dem Rad entfernt hatte, ist der Dieb in den Hof zurückgekehrt und mit dem Rade davongefahren. Er soll kein guter Radfahrer sein. Von dem Bestohlenen ist auf die Ergreifung des Diebes eine Belohnung ausgesetzt worden.

Wegen Hausfriedensbruch zur Haft gebracht wurde Sonnabend vormittag ein Mann, der auf dem Heuboden eines Gehöftes in der Paulsbergstraße vom Beamten Nr. 1 der hiesigen Wacht- und Schließgesellschaft beim Nächtigen betreten worden war.

Bei dem gestrigen Verbandsspiele um den Meisterschaftspokal des „Verbandes Mittelsächsischer Ballspiel-Vereine“ unterlag der „Schwäbischer Fußballclub“ dem „Riesauer Sport-Verein“ in schönem, flottem Spiele mit 7:2.

Mit jedem Tage mehr läßt es uns die Natur jetzt fühlen, daß es Herbst wird. Das Thermometer hat schon lange keinen größeren Anlauf mehr genommen; es ist kühl draußen und auch der Wind beginnt rauher und heftiger zu werden. Zu alledem braucht nur noch der Himmel sein Antlitz mit einem bleigrauen Wolkenschleier zu verhüllen, aus dem es bald sein, aber intensiv, herniederrieselt, bald in kurzem „Guß“ zur Erde prasselt, und wir haben den Herbst von seiner trostlosesten Seite. Ein solch trauriger Herbsttag verspricht erst der gestrige Sonntag zu werden. Es schien, als solle der fast wolkenbruchartige Regen, der am Sonnabend abend niederging, gestern noch verschiedene Auflagen erleben. Daß sich gegen Mittag der Himmel aufhellte und die Sonne hervorbrach, war gewiß vielen nach ihrem Sinn. Konnte doch nun der Sonntag noch zu einem schönen Spaziergang ausgenutzt werden.

Sicherem Vernehmen nach wird zum 1. Januar 1910 der Amtshauptmann von Leipzig in Oshag zum Geh. Legationsrat im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten berufen werden. An seine Stelle als Amtshauptmann tritt Legationsrat Dr. Wack. Die durch Berufung ihres gegenwärtigen Inhabers in das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts frei werdende Stelle des Amtshauptmanns zu Freiberg erhält am 1. Dezember der Oberregierungsrat im Ministerium des Innern Dr. Hollmer. An die Stelle des verstorbenen Amtshauptmanns Post in Jüba tritt am 1. November der Oberregierungsrat bei der Kreisverwaltung zu Jüba Dr. Schiele, der durch Regierungsrat Voetiger bei der Amtshauptmannschaft Jüba ersetzt wird. Als Hilfs-

better in das Ministerium des Innern wird Regierungsrat Dr. Grahl bei der Amtshauptmannschaft Leipzig vom 1. Januar 1910 berufen werden und an dessen Stelle Regierungsamtmann Dr. Schmidt bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg treten.

Gröba. Bericht über die öffentliche Gemeindefestsetzung am 18. September 1909. Der Gemeinderat war vollständig vertreten. Der Vorsitzende, Gemeindevorstand Hans, bringt eine Einladung des Hausbesitzervereins an den Gemeinderat zu einer am 23. d. M. abends 8 Uhr stattfindenden öffentlichen Besprechung, in welcher die Notwendigkeit zur Einrichtung einer höheren Schule im Orte erörtert werden soll, zur Kenntnis. 1. Für die im Oktober d. J. stattfindende Landtagswahl sind für die beiden Wahlbezirke unseres Ortes Wahlkomitees zu bilden. Es werden ernannt für den I. Wahlbezirk (nördlich des Hofens) Gemeindevorstand Hans als Wahlvorsitzender, Gemeindefestsetzer Kaufke als Stellvertreter, Gemeindefestsetzer Hensel als Protokollant. Im II. Wahlbezirk (südlich des Hofens) Gemeindevorstand Hans als Wahlvorsitzender, Hauer als Stellvertreter, Seißler als Protokollant. Als Wahllokale werden bestimmt für Wahlbezirk I Gasthof Große, für Wahlbezirk II das Hofenrestaurant. Die Wahlzeit wird auf vorm. 10 Uhr bis abends 7 Uhr festgelegt. — Es folgte Punkt 2 der Tagesordnung, der Bericht der Wohnungskommission.

Zur Befestigung der am Orte herrschenden Wohnungsnot wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 4. August d. J. auf Antrag des Herrn Jülg eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Herrn Gemeindevorstand Hans, Gemeindefestsetzer Hensel und Gemeindevorstand Jülg, Lieberwirth, Wlisch und Hoberg. Durch ihren Bericht, Herrn Jülg, erstattete die Kommission einen umfangreichen Bericht über ihre Tätigkeit in dieser für unseren Ort höchst wichtigen Angelegenheit. Wie können es uns nicht verjagen, diese wirklich interessanten Ausführungen zusammenzufassen, der Öffentlichkeit zu übergeben. Nachdem der Bericht einleitend den Begriff „Wohnungsnot“ erläutert, und dabei bemerkt, daß selbst dann von einer Wohnungsnot gesprochen werden muß, wenn eine Anzahl Wohnungen zur Verfügung stehen, die aber wegen Preis bzw. Größe für diejenigen Schichten der Bevölkerung nicht in Frage kommen, die zu allererst unter einer Wohnungsnot zu leiden haben, die Minderbemittelten, kommt derselbe auf die Ursache der Wohnungsnot zu sprechen. Als Ursache der Wohnungsnot könne in erster Linie bezeichnet werden, das Darniederliegen der privaten Bautätigkeit, was mit der Vermehrung der Einwohnerzahl um so erschwerender in die Erscheinung tritt. Es möge ja manchmal unbegründet erscheinen, daß beim Eintritt einer Wohnungsnot die private Bautätigkeit nicht sofort einsetze, aber die den Bauenden entgegenstehenden Schwierigkeiten durch die Baupolizeibehörden möge einerseits eine Erklärung hierfür sein. Andererseits sei und zwar in der Hauptsache, die Spekulation in Grund und Boden die Ursache einer vorhandenen Wohnungsnot. Der Grund und Boden werde entweder durch fortwährendes Handeln in die Höhe getrieben (Wohn- und Realgesellschaften) oder aber er bleibe ungebaut liegen, weil der Eigentümer auf weitere Preissteigerungen rechnet, und wenn er dann schließlich der Bebauung erschlossen wird, habe er einen so hohen Preis, daß schon dadurch allein die Mieten verhältnismäßig hoch bemessen werden müssen, weil sonst eine Verzinsung nicht zu erzielen ist. Enorme Gewinne fallen dadurch Grundbesitzern, seien es Private oder Gesellschaften, zu, ohne daß diese einen Finger zu rühren brauchen, die Kosten aber haben die Bauenden zu tragen, die sich wieder an den Mietern schadlos halten müssen. Weitere Ursachen der schwachen Bautätigkeit und der dadurch hervorgerufenen Wohnungsnot seien die früher zweifellos höchsten Baukosten, der erhöhte Zinsfuß, die in der Regel sehr schwer zu beschaffenden Baugelder, ferner die öffentlichen Lasten und endlich auch die den Bauenden zur Last fallenden anteiligen Kosten für Kanalisation, Straßenbau u. s. w. Eine der ersten Folgen der Wohnungsnot sei das Emporschnellen der Mietsbeträge, da viele Hausbesitzer, ohne durch Veränderungen im Zinsfuß für ihre Hypotheken u. s. w. hierzu gezwungen zu sein, die Konjunktur auszunutzen und den Mietzins steigern. Die Vermieter rechnen damit, daß der Mieter schon mit Rücksicht auf die durch einen Umzug entstehenden Kosten sehr ungern die Wohnung wechselt und die erhöhte Miete notgedrungen bewilligen muß, vor allen Dingen aber auch deshalb, weil er sonst Gefahr läuft, am Umzugstermin wegen Wohnungsnot nach ohne Wohnung zu sein. Da aber ferner das Einkommen mit der Steigerung der Mieten nicht Schritt hält, sucht einer großer Teil der Betroffenen die Ansprüche auf Größe

und Hygiene der Wohnung nach Möglichkeit einzuschränken. Man begnügt sich mit Wohnungen, die im Vergleich zu der Größe der Familie viel zu klein sind; es werden enge ungesunde Wohnungen bezogen und oft wird davon noch ein Teil abvermietet, um die hohen Mieten nicht allein tragen zu müssen, was als eine der schlimmsten Begleiterscheinungen der Wohnungsnot bezeichnet werden muß. Daß derartige Wohnungen allen Forderungen der Gesundheitslehre Hohn sprechen und die Sterblichkeitsziffer erhöhen, sei ohne weiteres klar und durch die Statistik bewiesen. Deshalb müßte es die vornehmste Aufgabe jedes einsichtsvollen Gemeindevorsetzers sein, an der Milderung der Wohnungsnot mitzuarbeiten. Als hauptsächlichste Mittel zur Befestigung der Wohnungsnot hebt der Bericht hervor: a. Die Unterstützung der privaten Bautätigkeit durch Beschaffung billigen Baugeldes unter Heranziehung der verfügbaren Mittel der Sparbanken; durch Uebernahme der anteiligen Straßenbaukosten auf die Gemeinden; Wegfall der bisher für die Schleusenbauten zu hinterlegenden Kautionen und Einführung des sogenannten Rentenverfahrens. b. Der Erwerb von Bauland durch die Gemeinden, Aufschließung von Straßen und Abgabe von Baulücken zum Selbstkostenpreise an Private oder Genossenschaften. c. Bau von Wohnungen durch die Gemeinden, Selbstverwaltung der erbauten Häuser oder Vermietung derselben an zu gründende Mietergenossenschaften. d. Die Gründung und Unterstützung von Bauvereinen. An der Hand von Unterlagen weist der Bericht ferner nach, daß diese Maßnahmen bereits in vielen Orten mit Erfolg durchgeführt worden sind.

Der Redner kommt dann speziell auf die Gröbaer Verhältnisse zu sprechen und betont, daß in kurzer Zeit zwei größere Fabrikanlagen in Betrieb kommen, für deren Angestellte und Arbeiter Wohnungen in vollständig unzureichender Zahl bezw. garnicht zur Verfügung stehen. Es müsse jeder gleichviel ob Hausbesitzer oder Mieter, zugeben, daß in unserem Orte eine Wohnungsnot bestehe, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. Als Bauland käme in Frage das Rittergutsareal an der Riesaerstraße, das Gelände an der Herzdorfer-, Streblaer-, Kirch-, Post- und Steinstraße. Von den 5 Baulücken an der Herzdorferstraße gehören 3 dem Rittergut und 2 dem Hausbesitzer Kniffe. An der Streblaerstraße gehört sämtliches Land dem Gutsbesitzer Zimmermann, der z. B. dort nichts zu verkaufen gedenkt. An der Kirchstraße ist eine Baulücke überhaupt nicht mehr zu haben, während die Steinstraße Stück noch nicht in den Bebauungsplan einbezogen ist. Es bliebe noch die Poststraße, an der wohl noch einige Baulücken vorhanden sind. Eine Anzahl von diesen kann aber z. B. deshalb nicht in Betracht kommen, weil dort Schächler geplant sind, deren Ausführung vor Genehmigung des Bauplanes nicht erfolgen kann. Aber auch von den übrigen Baulücken daselbst sind einige jetzt nicht zu haben bzw. zur lohnenden Bebauung nicht geeignet (Wackerland), sobald auch in der Poststraße von sofort zur Verfügung stehenden und für die Erbauung billiger Wohnungen passenden Bauland nicht gesprochen werden kann. Durch die vorgesehene offene Bauweise, und durch die hohen Preise für die augenblicklich vorhandenen wenigen Baulücken wird das Bauen derartig verteuert, daß eine Baulücke bereits im Keime erstickt werden muß. Gelüste legen ihre Mittel lieber anders an, als beim Bau von Mietshäusern, die sich aus diesen Ursachen schlecht verzinsen. Die Anliegerleistungen für Straßen- und Schleusenbau, die Förderung des harten Fußwegbelages verteuern das Bauen zumal bei offener Bauweise derart, daß an die Herstellung und Abgabe billiger, für Arbeiter berechnete Wohnungen garnicht zu denken ist. Das Verbot der sogenannten Dachwohnungen spielt hierbei eine große Rolle. Dieses aus hygienischen Gründen erlassene Verbot kann aber als berechtigt nicht anerkannt werden und zwar solange nicht, als man andererseits das Wohnen in Räumen duldet, die jeder hygienischen Forderung Hohn sprechen. Auch die Erschwernisse, die den Bauenden bzw. um Baugenehmigung nachsuchenden seitens der Baupolizeibehörde bereitet werden, dürfen nicht dazu beitragen, die Baulücke zu erhöhen. Wenn man bedenkt, daß die Baugenehmigung öfters monatelang auf sich warten läßt, daß vorher, wie in einem besonderen Falle, fortgesetzt erneute Beantragungen an der Baupolizei verlangt werden, so wird man die dadurch hervorgerufene Bau-Anlauf, aber auch weiter die im Orte herrschende Stimmung auf Einverlebung mit Riesa verstehen können, weil dort eine Baugenehmigung an Zeit nur so viel Wochen erfordert, als hier gewöhnlich Monate. Die Folgen der Wohnungsnot machen sich deshalb auch schon seit längerer Zeit sowohl für die Mieter, wie auch für die Gemeinde bemerkbar. Mietssteigerungen, oftmals auch Ueberbietungen seitens der Mieter, nur um eine Wohnung zu erhalten, Schlafstellenunwesen, das Verziehen kleinerer, für die Größe der Familie völlig unzureichender Wohnungen, ja selbst Obdachlosigkeit sind zu verzeichnen gewesen. Ein verhältnismäßig starker Wegzug hat bereits stattgefunden und wird weiter stattfinden. In den Nachbargemeinden Weida und Herzdorf scheint eine starke Bautätigkeit einzusetzen, offenbar in der Absicht, die hier beschäftigten wohnungslosen Arbeiter nach dort zu ziehen. Eine weitere naturgemäße Folge der Wohnungsnot wird es sein, daß weiterer Zugzug von Industrie ausbleibt, da diese